Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 191 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 16. August 1932

Der Schrei nach Arbeit.

Vor dem Hintergrund einer innenpolitisch-parlamentarisch außerordentlich gespannten Lage soll nun der gegenwärtige Reichskanzler und sein Kabinett das in die Öffentlichkeit bringen, was Herr v. Papen in einer Unterredung mit einem ausländischen Journalisten kurz nach den Wahlen als „konstruktives Programm" bezeichnet hat und deutlicher als Arbeitsbeschaffungsprogramm bezeichnet werden mag. Damals hatte der Reichskanzler erklärt, er werde dieses Programm dem Reichstag vorlegen und es diesem bzw. den Parteien überlassen, ob sie mit Ja oder Nein dazu Stellung nehmen würden. Nur noch vierzehn Tage trennen den Reichskanzler von dem Zusammentritt des Reichstages, und die fast auffallende Form der Mahnung des nach Neudeck abgereisten Reichspräsidenten an Herrn v. Papen, dieser solle jetzt „mit der größten Beschleunigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vordringlichen Aufgaben" fördern, läßt vielleicht die Vermutung zu, daß das kommende Arbeitsbeschaffungsprogramm sich nicht erst zusammen mit dem parlamentarischen Schicksal des Kabinetts v. Papen entscheidet, sondern schon vorher herausgebracht wird. Denn wenn erst der Reichstag darüber befinden soll, dann teilt dieses Programm das Ungewisse der Entscheidung über die innenpolitisch-parlamentarische Weiterentwicklung.

Über den Inhalt des Programms hört man einige Andeutungen, die insofern naheliegen, als man in den drei Jahren der — Verhandlungen über solch ein Programm immer zu denselben Endpunkten kam: Zusätzliche Arbeitsbeschaffung mannigfachster Art. Dazu die Erteilung öffentlicher Aufträge. Vielleicht auch noch die Erweiterung des Wirkungskreises des freiwilligen Arbeitsdienstes. Das wären Maßnahmen eines „Sofortprogramms", dem man aber — im Hinblick auf frühere Mißerfolge — ungern die Bezeichnung „Wirtschaftsankurbelung" geben möchte. Auch die Ausdehnung des Siedlungswesens kann man nur sehr bedingt als eine „Sofortmaßnahme" ansehen, zumal hier überhaupt Hoffnungen bestehen, die leider recht übertrieben sind.

Weiter hört man von einem neuen Umbau der gesamten Erwerbslosenfürsorge in einem Sinne, der den Charakter der Arbeitslosenversicherung angeblich ganz beseitigen und nur — für alle drei Zweige der Erwerbslosenunterstützung — den Begriff der „Fürsorge" gelten lassen will. Durch diese Umorganisation, die die Voraussetzung der „Bedürftigkeitsfrage" auch in die eigentliche Arbeitslosenunterstützung einführen würde, soll eine erhebliche Verminderung der öffentlichen Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge erreicht werden. Ob man aber dann mit einer steuerlichen Erleichterung rechnen kann, ist noch fraglich; denn daß man im Reich, in den Ländern und den meisten Gemeinden finanziell mehr schlecht als recht von der Hand in den Mund lebt, läßt jede Hoffnung darauf vergeblich erscheinen, daß einer Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben nun auch eine solche der Einnahmen, also der Steuern, entsprechen würde.

In das Gebiet des rein Wirtschaftspolitischen gehört nun ein weiterer — angeblicher oder wirklicher — Programmpunkt, den man vielleicht mit der schon fast zu einem Schlagwort gewordenen Bezeichnung „Reform des Schlichtungswesens" oder „Auflockerung der Tarifpolitik" versehen kann. Das geht zurück bereits auf die Notverordnung vom Dezember 1931 und auf verschiedene entsprechende Verlautbarungen des vorigen Kabinetts Brüning. Einerseits soll das staatliche Schlichtungswesen sich weit mehr als bisher zurückhalten, nur in den allerdringlichsten, volkswirtschaftlich bedeutsamsten Fällen von Lohnstreitigkeiten sollen unverbindliche Schiedssprüche gefällt, im übrigen aber den streitenden Parteien die Verantwortung zugeschoben werden. Andererseits hört man, daß auch die sogenannte „Unabdingbarkeit" des Tarifvertrages zugunsten von Werkstarifverträgen gemildert werden soll. Die Organisationen der Arbeitnehmerschaft haben sich nicht so sehr gegen die stärkere Zurückhaltung im Schiedsgerichtswesen, wohl aber gegen eine Einschränkung des allgemein verbindlichen Tarifzwanges gewandt.

Wie sollen nun aber — und das ist ja immer der Drehpunkt aller derartiger Pläne und Vorschläge für die Arbeitsbeschaffung gewesen, und bleibt es auch jetzt — zum mindesten die „Sofortpunkte" des Programms finanziert werden? Allen Gerüchten, die von einem hartnäckigen Widerstand der Reichsbank gegen „Kreditausweitungs-Experiment u. dgl. sprechen, ist gerade von ihr aus entgegengetreten worden; sie sei bereit, Kredite zur Verfügung zu stellen, allerdings nur gegen Wechsel, die „reichsbankfähig" sind, also mindestens zwei „gute" Unterschriften tragen müssen. Praktisch scheint es also bei dem ganzen Arbeitsbeschaffungsprogramm jetzt vor allem darauf anzukommen, in welcher Form eine Einigung zwischen Regierung und Reichsbankleitung über die Finanzierung zustande gebracht wird.

Darauf aber warten die Millionen deutscher Arbeitsloser! Fast ist nun auch schon der dritte Sommer vorübergegangen, ohne daß Wesentliches zur Erfüllung des Schreies nach Arbeit geschaffen ist. Und dieser Sommer hat die Erwerbslosigkeit viel weniger sinken lassen, als dies noch im Vorjahr geschah. Jener Schrei ist ein laut in die Welt hinausgellender Ruf der Verzweiflung geworden.

Die nächsten Absichten der Regierung.

Die Reichsregierung berät das Wirtschaftsprogramm.

Die Mitwirkung der Reichsbank.

Die Reichsregierung ist, nachdem nunmehr die politische Lage zunächst geklärt ist, am Montag zusammengetreten, um sich mit der Durchführung ihres Aufbauprogramms zu beschäftigen. Dieses Aufbauprogramm sieht Arbeitsbeschaffung für Straßenbau, Eisenbahnoberbau, Ausbau der Wasserstraßen, Meliorationen, Kleinsiedlung und Baumarkt vor.

Im Reichsarbeitsministerium wird bereits ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Erweiterung der im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Personen von 85 000 auf 200 000 Mann vorsieht. Weiter arbeitet man dort an einer Reform der Verwaltung der Sozialversicherung mit dem Ziele, Ersparnisse innerhalb der Sozialversicherung zu erreichen. Ebenso werden dort die Pläne bearbeitet, die eine größere Elastizität bei der Handhabung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen und eine Lockerung der Tarifpolitik unter Aufrechterhaltung der gesetzlichen Bestimmungen bringen sollen. Schließlich ist das Ministerium noch für die Pläne federführend, die die Förderung des Wohnungsbaues, besonders des Kleinwohnungsbaues, vorsehen.

Im Reichsernährungsministerium sind die Referentenentwürfe bearbeitet worden, die der Siedlung auf dem Lande und der Stadtrandsiedlung dienen. Einzelheiten hierüber sind bisher noch nicht bekannt geworden.

Im Reichsverkehrsministerium und im Reichspostministerium werden Maßnahmen vorbereitet, die durch neue Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost die Wirtschaft beleben sollen. Hier handelt es sich in erster Linie um die Erneuerung des Oberbaues der Reichsbahn. Weiter sind Maßnahmen für Straßenbau usw. vorgesehen. Auch das sogenannte Abwrackprogramm, das zwölf Millionen Mark Mittel vorsieht, um 400 000 Tonnen Schiffe abzuwracken, wodurch 3000 Arbeiter beschäftigt werden könnten, spielt hierbei eine Rolle.

Eine wichtige Frage ist naturgemäß die Finanzierung dieses Aufbauprogramms. Die Reichsbank hat sich schon vor einiger Zeit bereit erklärt, 135 Millionen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Verfügung zu stellen. Wie es heißt, wünscht die Reichsregierung noch weitere 200 Millionen von der Reichsbank zu erhalten. Die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Reichsbank haben aber bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Es geht dabei vor allem um die Frage der Rückzahlung der zur Verfügung gestellten Kredite. In politischen Kreisen glaubt man indessen, daß Reichsregierung und Reichsbank sich doch irgendwie verständigen werden, um das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Kabinetts zur Durchführung bringen zu können.

*

Eingehende Kabinettsberatungen.

Das Reichskabinett, das erstmalig zusammengetreten war, nachdem der bekannte Ausgang der Verhandlungen über die Regierungsbildung eine gewisse Klärung herbeigeführt hatte, befaßte sich in mehrstündigen Beratungen hauptsächlich mit Fragen der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung. Es ist anzunehmen, daß neben den inzwischen fertiggestellten Referentenentwürfen auch die Frage der Finanzierung eingehend erörtert worden ist. Des weiteren dürfte sich das Reichskabinett mit der durch die Ablehnung der NSDAP. sowie durch die Haltung des Zentrums geschaffenen parlamentarischen Lage befaßt und die Möglichkeiten des weiteren Vorgehens behandelt haben. Eine offizielle Verlautbarung über die Kabinettssitzung wurde nicht ausgegeben.

Hitler wollte die Macht wie Mussolini.

Über den Empfang Hitlers bei Hindenburg werden jetzt einige wichtige und sehr interessante Einzelheiten bekannt. Die Unterhaltung dauerte nur 20 Minuten und soll sich in höflichen, aber kühlen Formen abgespielt haben. Der Reichspräsident empfing den nationalsozialistischen Vertreter stehend, er hat auch die ganze Unterredung stehend, auf seinen Stock gestützt, geführt.

Hindenburg hat an Hitler die Frage gerichtet, ob er bereit sei, zusammen mit einigen anderen Persönlichkeiten seiner Partei in die von Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten. Hitler hat dies verneint, und hat an den Reichspräsidenten die Forderung gestellt, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen. Was Hitler darunter verstand, gehe, so wird von zuständiger Stelle erklärt, daraus hervor, daß er für sich

die Stellung beanspruchte, die Mussolini nach seinem Marsch auf Rom eingenommen hat.

Hindenburg hat diese Forderung, wie von zuständiger Seite dargestellt wird, sehr bestimmt abgelehnt mit der Begründung, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterland gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei.

Die Nationalsozialisten haben über den Empfang ebenfalls eine Mitteilung herausgegeben, in der es heißt, Hitler habe die eindeutige Führung der Regierung verlangt. Von nationalsozialistischer Seite wird dazu erklärt, daß diese Worte einen anderen Sinn hätten als das, was in der amtlichen Erklärung stände. Bezüglich der

Zusage Hitlers vor den Wahlen,

das Kabinett von Papen auch ohne nationalsozialistische Beteiligung zu unterstützen, wird von zuständiger Seite erklärt, diese Zusage sei nicht nur von Hitler, sondern auch von anderen maßgebenden Führern der NSDAP. gegeben worden; es könne darüber kein Zweifel bestehen, weil die Erklärung vor Zeugen abgegeben wurde. Die Zusage sei auch nicht zeitlich begrenzt, sondern sollte so lange gelten, wie das Kabinett von Papen das Vertrauen des Reichspräsidenten hat. Von nationalsozialistischer Seite ist zu diesem Punkt noch keine Erklärung abgegeben worden.

Von zuständiger Stelle wird nochmals bedauert, daß es zu keiner Einigung mit den Nationalsozialisten gekommen sei, obwohl doch gerade die jetzige Reichsregierung es gewesen sei, die den Nationalsozialisten den Weg in jeder Beziehung freigemacht habe. Die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen treffe jedenfalls keineswegs den Reichspräsidenten oder die Reichsregierung.

„Hitlers Nein!"

Eine nationalsozialistische Parteierklärung.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. veröffentlicht unter der Überschrift „Hitlers Nein!" grundsätzliche Betrachtungen, in denen es heißt: Hitlers Ablehnung der Vizekanzlerschaft unter der Herrschaft von Papens war eine Tat! Diese Entscheidung des Führers ist dem nationalen Deutschland aus der Seele gesprochen. Der durchsichtige Versuch, die NSDAP. durch einen wohlüberlegten Schritt, durch eine Belastung mit der Verantwortung ohne gleichzeitige Führungsmöglichkeit, gewissermaßen auf kaltem Wege zu erledigen, ist an dem klaren und weitblickenden Entschluß des Führers restlos gescheitert. Der Führer ist sich selbst, der Bewegung und dem Volke treu geblieben. Die Politik der Regierung von Papen kann niemals die Politik der NSDAP. sein.

Die Nationalsozialisten in schärfster Opposition.

Berlin, 15. August. Eine gewisse Klärung über die zukünftige Haltung der NSDAP. bringt die heutige Ausgabe des Berliner „Angriffs". Das Blatt Göbbels bemerkt, daß in der amtlichen Mitteilung über

die entscheidende Unterredung Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten

die unrichtige Behauptung verbreitet werde, Hitler hätte die Uebertragung der „vollen Staatsgewalt im gesamten Umfang" gefordert. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß nicht die volle „Staatsgewalt", sondern die volle politische „Staatsführung" Gegenstand der nationalsozialistischen Forderungen gewesen sei. Die bereits angekündigte parteiamtliche Erklärung der NSDAP. über diese nicht unwichtigen Schiefheiten in der Erklärung der Reichsregierung dürfte wohl, so heißt es wörtlich weiter, volle Klarheit über die Worte, die bei der Unterredung in Wirklichkeit gefallen sind, bringen. Der „Angriff" überschreibt seinen Artikel „Ein unmöglicher Versuch: Diktatur gegen das Volk — Adelsclique statt Volksregierung — Nationale Dolchstößler". Er beschwert sich dann zunächst darüber, daß er ausgerechnet heute auf der ersten Seite eine Auflagenachricht bringen muß und daß er infolgedessen auf der zweiten Seite zu den historischen Ereignissen vom Sonnabend Stellung nehmen muß. Dann wird unter anderem ausgeführt, die Be-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF